



ZU KURZ GESPRUNGEN!

## SPD-Antrag zu Beförderungen konzeptionslos!

**„Der Senat wird ersucht, Beförderungen in der Hamburger Polizei nach Maßgabe der frei werdenden Stellen im Vollzugsdienst im Grundsatz zu ermöglichen.“ So lautet der SPD-Antrag, dem diese Partei in der Bürgerschaft zugestimmt hat. Die Zeit des Ersuchens ist genauso vorbei wie der ständige Blick zurück im Zorn, weil damit die tatsächlichen Interessenlagen in der Kollegenschaft und die Lösung der dringenden Strukturprobleme der Hamburger Polizei in den Hintergrund geraten.**

Weder Polemik, persönliche Angriffe oder der Antrag der SPD sind hilfreich, um die tief greifende Krise der Hamburger Polizei konstruktiv anzugehen. Die GdP war und ist zur vernünftigen Zusammenarbeit bereit – sie wird es auch zukünftig bleiben.

Worum geht es tatsächlich?

Die Hamburger Polizei steht vor einem gewaltigen personellen Strukturproblem. Die Zahl der Pensionierungen steigt in den kommenden zehn Jahren dramatisch an. So werden in diesem Zeitraum mindestens 3000 Kolleginnen und Kollegen aus dem aktiven Dienst scheidend. Gleichzeitig sinkt aber die Zahl der vollzugsdienstfähigen Mitarbeiter ebenso signifikant.

Diese Überalterung des Personalkörpers hat eine erhebliche personelle Unterversorgung der Grundlast und der operativen Kernbereiche bei K, SCH und WS zur Folge. Wir bekommen es schon jetzt zu spüren!

Um die operative Funktionsfähigkeit der Polizei schon in näherer Zukunft gewährleisten zu können, ist eine Einstellungsoffensive erforderlich, die deutlich über den schon geplanten 250 Einstellungen pro Jahr liegen dürfte.

Und wie steht es tatsächlich um den Nachwuchs?

Hamburg hat zunehmend gravierende Probleme, die nötige Anzahl geeigneter Bewerber für den Polizeivollzugsdienst

zu rekrutieren. Mit der Eingangsbesoldung A 7, abzüglich von bis zu 250 Euro Krankenkassenbeiträgen wegen fehlender Heilfürsorge, wird es erkennbar nicht gelingen, die drohenden personellen Lücken im Kernbereich der Inneren Sicherheit zu schließen.

Mit den Mieten an der Spitze und mit der Besoldung im unteren Bereich des bundesweiten Rankings – das ist die Situation in Hamburg.

So wird das nicht funktionieren, Herr Innensenator!

Deshalb:

- Deutliche Anhebung der Eingangsbesoldung auf A 9 als Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn.
- Sofortige Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge für alle!

Dies wäre nicht nur eine leistungsgerechte Besoldung für alle Polizistinnen und Polizisten in der Metropole Hamburg, es ist vielmehr auch zwingend erforderlich, um überhaupt genügend geeigneten Nachwuchs für die Polizei zu gewinnen!

**Zwei wichtige Aussagen zur beruflichen Entwicklung sind im letzten Monat bekannt geworden. Signale, denen eine tief greifende Bedeutung zukommt. Das Personalamt hat sich negativ zur Frage einer Sonderlaufbahn Polizei geäußert, und das Projekt zukunftsorientiertes Beförderungsmodell wurde beendet.**

Wenn man diese beiden richtungsweisenden Entscheidungen im Lichte ihrer Bedeutung für die Polizei Hamburg betrachtet, gibt es dazu nur eine Feststellung: Es besteht derzeit weder innerhalb noch außerhalb der Polizei Hamburg das Interesse, sich dem Problem eines in die

Ach ja! Kein Geld?

Die GdP ist sich der prekären Haushaltslage Hamburgs durchaus bewusst. Umso unverständlicher ist es, wofür in dieser Stadt noch immer Geld verschwendet wird – so auch in der Polizei!

Sämtliche Sachausgaben von der Druckerpatrone bis hin zum Polizeimuseum gehören unvoreingenommen auf den Prüfstand. Nur das, was für die Erfüllung des Kernauftrages zwingend erforderlich ist, hat Priorität.

Polizei wird von Menschen „gemacht“, genauso wie Schulen, Krankenhäuser und Kitas, sehr verehrte Damen und Herren von der SPD.

In die Funktionsfähigkeit der Polizei zu investieren heißt, auch den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Nur eine wachsende Stadt, die auch sicher ist, ist auch ein attraktiver Wirtschaftsstandort!

Die Zukunftsfähigkeit der Hamburger Polizei steht auf dem Spiel. Die Probleme lösen wir nur gemeinsam!

*Der Landesvorstand*

## KOMMENTAR

### Auf Eis!

Zukunft gerichteten, beruflichen Personalkonzepts zu stellen.

Weitere Faktoren dafür sind das „Neubewerten“ von Stellen, was nichts anderes zur Folge hat, als dass Führungsfunktionen zukünftig heruntergebrochen werden und damit Karriereperspektiven zunichte gemacht werden.

Dazu der weichgespülte Antrag der SPD-Fraktion, der keine Handlungsoptionen fordert und damit allzu deutlich offenbart, dass die politisch Verantwortlichen sich einer funktionierenden und für zukünftige Aufgaben gut aufgestellten Polizei verweigern. Dem Spardiktat sind keine Grenzen gesetzt. Ehrlich wäre es zumindest, dies auch allen Kolleginnen und Kollegen in der Hamburger Polizei zu erklären.

*Gerhard Kirsch, Landesvorsitzender*



# Fachbereich SCH im Rathaus

**Im Monat Mai traf sich der Fachbereich Schutzpolizei der GdP auf Einladung des Bürgerschafts-abgeordneten Dennis Gladiator im Hamburger Rathaus. Seitens der CDU nahm der innenpolitische Sprecher der CDU, Kai Voet van Vormizeele, an der Sitzung teil.**

Im Rahmen des Gedankenaustauschs wurden insbesondere die politischen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Gestaltung einer zukunftsorientierten Polizei Hamburg besprochen.

Auf die drängendsten Probleme der Polizei Hamburg wurde hingewiesen. Insbesondere wurde seitens der GdP auf die Notwendigkeit einer verlässlichen Karriereplanung für die Beschäftigten, sowie einer ausreichenden personellen Ausstattung der Polizei Hamburg hinge-

wiesen. Es wurde dahingehend Einigkeit erzielt, dass die Polizei Hamburg auf dem Arbeitsmarkt in der Auseinandersetzung um die besten Köpfe konkurrenzfähig bleiben muss.

Sorge bereiten die stetig steigenden Lebenshaltungskosten in der Metropolregion Hamburg sowie im Umland und das Fehlen einer verlässlichen Karriereplanung in einer Polizei, die sich den rasanten gesellschaftlichen Veränderungen unserer Zeit anpassen muss.

Vor dem Hintergrund einschneidender organisatorischer Veränderungen, die mit der Umsetzung von Promod einhergehen, wurden weitere Treffen vereinbart. Dem Fachbereich Schutzpolizei der GdP ist es erneut gelungen, die Probleme der Hamburger Polizeibeschäftigten dahin zu tragen, wo Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse genommen wird.

Wir werden weiterhin politischen Entscheidungsträgern unserer Stadt als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Gestalten zum Wohle der Beschäftigten der Hamburger Polizei geht nur im Gespräch. Eine einseitige parteipolitische Ausrichtung lehnen wir ab.

Für eine bessere Polizei nach innen und nach außen, zum Wohle einer wachsenden Stadt! Eine wachsende Stadt braucht eine verlässliche Sicherheitspolitik und gut ausgerüstete und angemessen bezahlte Polizeibeamte.

*Der Landesfachbereich der Schutzpolizei*



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

**Geschäftsstelle:**  
Hindenburgstraße 49  
22297 Hamburg  
Telefon (0 40) 28 08 96-0  
Telefax (0 40) 28 08 96-18  
E-Mail: [gdp-hamburg@gdp-online.de](mailto:gdp-hamburg@gdp-online.de)  
[www.gdp-hamburg.de](http://www.gdp-hamburg.de)

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**  
Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr  
Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr

**Redaktion:**  
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)  
Tresckowstraße 31  
20259 Hamburg  
Telefon (0 40) 40 60 30  
E-Mail: [joernclasen@web.de](mailto:joernclasen@web.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35  
vom 1. Januar 2013  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438

## UNTERSTÜTZUNG

### GdP und SIGNAL: Trikots gestiftet!



Die Polizei Hamburg hat ein großartiges Damen-Handballteam. Die Kolleginnen, die in diesem Team zusammen spielen und bisher tolle Leistungen gezeigt haben, sind ein Aushängeschild unserer Polizei. Die Partner GdP und SIGNAL IDUNA (Polizeiversicherungs-AG, PVAG) haben die Kolleginnen mit neuen Trikots ausgestattet. Besonderer Dank gilt hierbei Matthias Pape, dem Bundesversicherungsbeauftragten der PVAG, der die

Trikotausstattung möglich machte. An dieser Stelle auch einen großen Dank an Kay Herzig, der sich vorbildlich für den Sport in der Hamburger Polizei einsetzt und dessen Engagement für das Damen-Handballteam wir gerne unterstützt haben.

Das Foto zeigt die Übergabe der Trikots an das Damen-Handballteam durch den Geschäftsführer der GdP, Adrian v. Mitschke-Collande.



ANGEBOT DER GdP



Hamburgs tierisches Original

Die grüne Oase mitten in Hamburg ist bei jedem Wetter ein beliebtes Ausflugsziel für Besucher jeden Alters. Der Tierpark Hagenbeck hält für jeden persönliche Erlebnisse bereit. Seine Panoramen und Freigehege sind weltberühmt. Mehr als 1850 Tiere aller Kontinente leben hier. Von den 210 Tierarten werden etliche, auch von der Ausrottung bedrohte, mit großem Erfolg gezüchtet.



Ob Orang-Utan, nordchinesischer Leopard oder Riesenotter aus Südamerika, sie alle haben bei Hagenbeck ihr Refugium gefunden. Eine Besonderheit sind auch die große Herde asiatischer Elefanten und das Eismeer. Hier können Sie Eisbären, Walrossen, Seebären und Pinguinen tierisch nah kommen. Erleben Sie die polaren Bewohner über und un-



ter Wasser. Und es gibt noch mehr zu erleben: kommentierte Fütterungen, Elefanten- und Giraffenfüttern oder sommerliches Ponyreiten im Park.

Im Tropen-Aquarium Hagenbeck entdecken Sie die einzigartige tropische Erlebniswelt mitten in Hamburg. Werden Sie Zeuge, wie die Natur sich menschliche Räume zurückerobert.



Tiere leben in verfallenen Hütten, alten Schränken, Toilette und Herd, Veranden sind bewohnt von den größten und giftigsten Schlangen. Folgen Sie dem verschlungenen Dschungelpfad über vier Ebenen. Ihr Begrüßungskomitee besteht aus frei lebenden Kattas und Loris.

Bei Ihrer Erkundung begegnen Sie unbekanntem Säugetieren, Reptilien, Amphibien und Insekten. Zwischen üppigen Pflanzen fliegen zwitschernde afrikanische Vögel umher. Mächtige Nilkrokodile lauern am Ufer eines klaren Sees. In der berausenden Unterwasserwelt kommen Sie Rochen, Muränen und Haien ganz nah.

Tropische Fische bewohnen ein lebendes Korallenriff. Unter einem sonnen-durchlässigen Foliendach verbringen Sie einen aufregenden Urlaubstag mitten in der Lebenswelt von 14 300 faszinierenden Tieren aus 300 Arten. Begeben Sie sich auf 8000 Quadratmetern auf eine Expedition in die Wunderwelt rund um den Äquator.

Vorteile für GdP-Mitglieder!



Hagenbeck gewährt allen Gewerkschaftsmitgliedern sowie drei Begleitpersonen bei Vorlage eines gültigen Mitgliedsausweises an der Kasse eine einmalige Ermäßigung von zwei Euro auf die Einzeltageskarte.

Diese Ermäßigung gilt nicht in Verbindung mit anderen Rabatten, Familien-, Kombi-, Jahres- oder Vorverkaufskarten. Der Wert der Ermäßigung kann nicht ausgezahlt werden.

Des Weiteren gewährt Hagenbeck allen Gewerkschaftsmitgliedern sowie deren Partnern/-innen bei Vorlage eines gültigen Mitgliedsausweises und entsprechendem Jahreskarten-Ermäßigungscoupon im Gäste-Service eine einmalige Ermäßigung von zehn Euro auf die Tierpark-Jahreskarte Erwachsener.

Diese Ermäßigung gilt nicht in Verbindung mit anderen Rabatten, Kinder-, Tropen-Aquarium-, Kombi- oder Vorverkaufskarten. Der Wert der Ermäßigung kann nicht ausgezahlt werden. Als Coupon zählt der durch Hagenbeck gestaltete und entsprechend gekennzeichnete Coupon, der an der Geschäftsstelle der GdP unter Tel. 0 40/28 08 96-0 angefordert werden kann.



## GdP und DGB erzielen gemeinsam wichtige Weichenstellungen

**Die Einrichtung der zukünftigen Polizeiakademie steht kurz vor dem Abschluss. Geplant ist, dass bereits im Oktober der Startschuss fallen soll. Der Gesetzesentwurf zum Polizeiakademiegesetz wurde am 4. Juni 2013 im Senat beschlossen und ist nun der Bürgerschaft zugeleitet worden. Im Vorwege hierzu hatte das Personalamt im Rahmen des Beteiligungsverfahrens die Gewerkschaften zu Stellungnahmen aufgerufen.**

### GdP nutzt Recht auf Beteiligung

Die Gewerkschaft der Polizei, für die der Qualität der Ausbildung eine zentrale Rolle zukommt, hat sich kritisch mit dem Gesetzesentwurf auseinandergesetzt! Im Rahmen einer umfangreichen Stellungnahme und eines Beteiligungsgesprächs im Personalamt machte die GdP, vertreten durch die stellvertretende Landesvorsitzende Gunhild Weidemann, durch Jörg Aßmann aus dem Fachbereich Schutzpolizei und Olaf Schwede vom DGB, ihre Positionen deutlich. Danach konnten zahlreiche Zusagen und Änderungen am bereits bestehenden Gesetzesentwurf erzielt werden.

### Zahlreiche Änderungen im Gesetzesentwurf erzielt!

An vorderster Stelle stand für die GdP dabei die Sicherung und Steigerung der Ausbildungsqualität. Denn die Zusammenführung der bisherigen Landespolizeischule und der Hochschule darf nach Ansicht der GdP nicht zu einer Absenkung der Ausbildungsstandards oder gar zu einer Reduzierung der LA II-Ausbildung führen. Die GdP hat aus diesem Grund zahlreiche Forderungen zur Sicherung eines autonomen und lebensfähigen Hochschulbereichs in die Debatte um den Gesetzesentwurf eingebracht. Mit Erfolg! Beispielsweise wurde auf Vorschlag der GdP das Ziel der Akkreditierung des Bachelor-Studienganges Polizei in die Begründung des Gesetzes aufgenommen. Dies sichert die Qualität und Anerkennung des Studienganges. So wird nach unserer Auffassung der Um-

bau der bisherigen dreigeteilten Laufbahn in eine immer wieder von der GdP geforderte zweigeteilte Laufbahn ermöglicht. Eine derartige Aufwertung des Polizeiberufes sehen wir im Interesse aller Kolleginnen und Kollegen.

Weiterhin wurden auf Anregung der GdP die für die Leitung der Polizeiakademie notwendigen Qualifikationen sowie die Notwendigkeit und Modalitäten der Ausschreibung konkretisiert, und es wurde festgehalten, dass sich der zukünftige Fachhochschulbereich eine eigene Evaluationsordnung gibt. Die Mitwirkungsrechte des Fachbereichsrates bei der Frage von Budgets wurden hervorgehoben, darüber hinaus noch einige Formulierungen im Gesetzestext geschärft.

### Transparenteres Verfahren

Entscheidend für die zukünftige Ausrichtung der Akademie der Polizei ist

jedoch die Gründungsleitung. Hier konnte sich die GdP nicht mit ihrer Forderung durchsetzen, die auf drei Jahre befristete Funktion der Gründungsleitung der Polizeiakademie öffentlich auszuschreiben.

Die Innenbehörde hat allerdings der GdP und dem DGB zugesagt, dass die vorübergehende Bestellung der Gründungsleitung „in einem transparenten, an den Maßstäben der Bestenauslese nach Artikel 33 Absatz 2 des Grundgesetzes orientierten Auswahlverfahren innerhalb der Behörde für Inneres und Sport erfolgt. Die Regelung schließt ein öffentliches Auswahlverfahren nicht aus.“ Dies hat nun auch der Senat der Bürgerschaft im Rahmen der offiziellen Drucksache mitgeteilt.

Die GdP bleibt aber weiterhin am Ball und wird das Gesetzgebungsverfahren und den Prozess der Gründung der Akademie aufmerksam verfolgen.

*Der Landesvorstand*

## TECHNIK

### Neugierig?

**Komische grafische Symbole, die dem einen wie ein Schnittmuster vorkommen. Der andere erkennt darin Puzzleteile und vermutet ein neues Spiel. Meistens steckt aber hinter diesen „Bildern“ etwas ganz anderes.**

Bei diesen „Bildern“ handelt es sich um einen QR-Code (Quick Response als „schnelle Antwort“), einen zweidimensionalen Code, der bereits 1994 entwickelt wurde. Kodiert werden meistens Internetadressen, um einen schnellen Zugriff auf die Seite zu erhalten. Es können aber



auch Zahlenfolgen, Texte und Warendeklarationen und viele andere Dinge kodiert werden.

Man benötigt zum Lesen dieser QR Codes ein Smartphone oder Tablet, das mit einem QR-App zum Scannen des QR-Codes ausgestattet ist. Natürlich sind mit dieser Technik auch Gefahren verbunden, auf die hinzuweisen ist. Auf den ersten Blick ist es eben nicht zu erkennen, „wohin die Reise geht“, wenn man einen QR-Code scannt. Wer es dennoch probieren möchte und technisch auf der Höhe der Zeit ist, kann hier unsere angebotenen QR-Codes testen.

*Jörn Clasen*



ARBEITSVERTRÄGE BEI DE 14

# Die Angst um den eigenen Arbeitsplatz wächst!

**Bei der DE 14 sind nach unseren Informationen 21 Kolleginnen und Kollegen mit befristeten Arbeitsverträgen, die Ende September 2013 auslaufen, beschäftigt.**

**Wie der Arbeitgeber auch weiß, müssen die Kolleginnen und Kollegen nach § 38 SGB III die Agentur für Arbeit innerhalb einer bestimmten Frist – in diesem Fall bis spätestens 30. Juni 2013 – über eine drohende Arbeitslosigkeit informieren. Der Arbeitgeber muss hier also rechtzeitig handeln, damit die Betroffenen eine Klarheit über den weiteren Werdegang haben.**

Dieser Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen kann nicht akzeptiert werden.

Uns liegen Informationen vor, wonach innerhalb der Innenbehörde Überlegungen angestellt werden, die betreffenden Kolleginnen und Kollegen „polizeifern“ im Bereich der Parkraumüberwachung einzusetzen. Dies wäre aus unserer Sicht absurd! Diese Kolleginnen und Kollegen leisten seit mehr als einem Jahr bei der

DE 14 im Bereich des Objektschutzes und des ruhenden Verkehrs eine hervorragende Arbeit und werden von der Dienststelle auch weiterhin benötigt. Die momentane Personalstärke der DE 14 lässt es nicht zu, dass in Zukunft auf weitere Kolleginnen und Kollegen verzichtet werden kann.

Eine Nichtentfristung dieser Verträge bzw. Umsetzung der Kolleginnen und Kollegen hätte auch weitgehende Auswirkungen auf die Kolleginnen und Kollegen der Schutzpolizei.

Da die DE 14 zurzeit aufgrund des Personalmangels von den Kolleginnen und Kollegen der LBP/DE 3 unterstützt wird, würde im Falle einer Nichtentfristung auf den Vollzug eine weitere enorme personelle Belastung zukommen. Eine weitere Belastung des Vollzuges ist zudem angesichts der äußerst angespannten Personalsituation – insbesondere bei der DE 3 – daher völlig abwegig. Allein im Mai 2013 musste die DE 3 mit 144 Beamten die DE 14 unterstützen!

Wir fordern den Arbeitgeber auf, für Klarheit zu sorgen und die Verträge der

**Arbeitsverträge bei der DE 14 entfristen!**

Bei der DE 14 sind nach unseren Informationen 21 Kolleginnen und Kollegen mit befristeten Arbeitsverträgen, die Ende September 2013 auslaufen, beschäftigt. Wie der Arbeitgeber auch weiß, müssen die Kolleginnen und Kollegen nach § 38 SGB III die Agentur für Arbeit innerhalb einer bestimmten Frist - in diesem Fall bis spätestens 30.06.2013 - über eine drohende Arbeitslosigkeit informieren. Der Arbeitgeber muss hier also rechtzeitig handeln, damit die Betroffenen eine Klarheit über den weiteren Werdegang haben.

Dieser Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen kann nicht akzeptiert werden.

Uns liegen Informationen vor, wonach innerhalb der Innenbehörde Überlegungen angestellt werden, die betreffenden Kolleginnen und Kollegen „polizeifern“ im Bereich der Parkraumüberwachung einzusetzen. Dies wäre aus unserer Sicht absurd! Diese Kolleginnen und Kollegen leisten seit mehr als einem Jahr bei der DE 14 im Bereich des Objektschutzes und des ruhenden Verkehrs eine hervorragende Arbeit und werden von der Dienststelle auch weiterhin benötigt. Die momentane Personalstärke der DE 14 lässt es nicht zu, dass in Zukunft auf weitere Kolleginnen und Kollegen verzichtet werden kann.

Eine Nichtentfristung dieser Verträge bzw. Umsetzung der Kolleginnen und Kollegen hätte auch weitgehende Auswirkungen auf die Kolleginnen und Kollegen der Schutzpolizei. Da die DE 14 zurzeit aufgrund des Personalmangels von den Kolleginnen und Kollegen der LBP / DE 3 unterstützt wird, würde im Falle einer Nichtentfristung auf den Vollzug eine weitere enorme personelle Belastung zukommen. Eine weitere Belastung des Vollzuges ist zudem angesichts der äußerst angespannten Personalsituation - insbesondere bei der DE 3 - daher völlig abwegig. Allein im Mai 2013 musste die DE 3 mit 144 Beamten die DE 14 unterstützen!

Wir fordern den Arbeitgeber auf, für Klarheit zu sorgen und die Verträge der betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu entfristen.

Landesfachbereich Verwaltung Hamburg, 06.06.2013  
GdP Hamburg - Landesbezirk Hamburg - [www.gdp.de/hamburg](http://www.gdp.de/hamburg) - Tel. 28 08 96 0

betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu entfristen.

*Landesfachbereich Verwaltung*

BEIHILFESACHBEARBEITUNG

## Langes Warten auf die Erstattung!

**Am 23. Mai trafen sich Vertreter der DGB-Einzelgewerkschaften mit dem zuständigen Vertreter des DGB für das Beamten- und Besoldungsrecht, Kollege Carlos Sievers, zum zweiten Gespräch im Personalamt bei der Leiterin Frau Bettina Lentz und dem Geschäftsführer der ZPD (Beihilfe), Herrn Schimitzek, um den neuen Sachstand der Abarbeitung der Anträge nach unserem ersten Gespräch (am 14. Februar) zu hören.**

Wir waren erschrocken, dass es auch in den nächsten Wochen und Monaten noch keine große Besserung geben wird, da es zzt. bei der Sachbearbeitung eine zehnpromtente Krankenquote gibt. Es sind zwar alle Stellen besetzt und alle Sachbearbeiter

innen und Sachbearbeiter arbeiten sehr produktiv, um den großen Berg der Anträge abzarbeiten. Nach wie vor ist ein hoher Eingang von Anträgen festzustellen. Organisatorische Maßnahmen sollen zwischenzeitlich gegriffen haben, um eine Beschleunigung der Abarbeitung zu erreichen. Im 4. Quartal soll mit der Pilotierung einer IT- unterstützten Sachbearbeitung begonnen werden. Sollte diese bis Ende des Jahres erfolgreich arbeiten, dann wird diese IT-Technik zum Beginn des Jahres 2014 verbindlich eingeführt und die Abarbeitung der Beihilfeanträge wird sich dann wesentlich verbessern, so die Aussage des Personalamtes! Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter verdeutlichten nochmals, dass die langen Wartezeiten für die Beihilfeberechtigten nicht hingenommen werden können und baten wiederum, dass alle Anträge über 2500 Euro vorrangig abgear-

beitet werden sollten. Dieses wurde den Anwesenden auch zugesichert. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass auf dem ersten Blatt des Antrages die Gesamtsumme vermerkt sein sollte! Ferner wurde uns mitgeteilt, dass das komplizierte Beihilferecht modernisiert werden soll, um so eine bessere Abarbeitung zu gewährleisten, ohne dabei eine Leistungseinschränkung vorzunehmen! Im Sommer soll ein Eckpunktepapier dazu vorgelegt werden! Wir, die DGB-Einzelgewerkschaften werden dieses Papier genauestens unter die Lupe nehmen! Eine direkte Abrechnung zwischen der ZPD und den Krankenhäusern, so wie von uns gefordert, wird es aus verwaltungsrechtlichen Gründen nicht geben, so das Personalamt! Wir werden die Abarbeitungszeiten weiter beobachten und darüber berichten.

*Klaus-Peter Leiste*



RADFAHREN

**Auf gehts  
zur 10. GdP-  
Fahrradrallye**

Wie schon in den letzten Jahren, so findet auch in diesem Herbst, die bei unseren Kolleginnen und Kollegen beliebte Fahrradrallye (polizeilich auch: „Stadtteilerkundungstour“) am

Sonntag, 22. 9. 2013, um 10 Uhr

statt. Anmeldungen werden ab sofort in der GdP-Geschäftsstelle unter der Tel. 0 40/28 08 96-0 oder per Fax 0 40/28 08 96-18 oder per E-Mail: gdp-hamburg@gdp.de entgegengenommen. Die Startgebühr beträgt fünf Euro.

Nähere Informationen in der nächsten DP-Ausgabe oder im Vorwege in der GdP-Geschäftsstelle.

*Der Landesbezirksvorstand*

SEMINARANKÜNDIGUNG

**„Weimar aus neuer Perspektive –  
Licht und Schatten  
deutscher Geschichte“**

Unter diesem Titel veranstaltet die GdP, Landesbezirk Hamburg, ein gesellschaftspolitisches Seminar in Weimar vom

4. bis 8. 11. 2013

Den Seminarteilnehmern wird die bewegte Geschichte Weimars näher gebracht.

Dabei steht Weimar in der kollektiven Erinnerung und Gegenwart von BRD und DDR im Fokus. Die KZ-Gedenkstätte Buchenwald wird ebenfalls ganzjährig besucht.

Die Anreise erfolgt in eigener Regie, zum Beispiel mit eigenem Pkw, in Fahrgemeinschaften oder mit der Bahn.

Die Kosten betragen für das Seminar 205 Euro (Eigenanteil p. TN) im Doppelzimmer, inklusive Halbpension und Gruppenfahrkarten vor Ort. Der Einzelzimmer-Zuschlag beträgt 14 Euro pro Nacht.

Das Seminar wird von dem Kollegen Klaus-Peter Leiste und dem Referenten Michael Grill durchgeführt.

Anmeldungen nehmen ab sofort unsere Kolleginnen Petra Holst und Steffi Orgel in der GdP-Geschäftsstelle (Tel. 0 40/28 08 96-0) entgegen.

*Euer Landesbezirksvorstand*

STUFENWEISE

**Besichtigung einer ganz großen Treppe**

**Am 17. April trafen sich 30 GdP-Mitglieder in Geesthacht, um die größte Fischtreppe Europas zu besichtigen. Der Vorstand der FB-Senioren organisierte diese Veranstaltung für alle interessierten GdP-Mitglieder. Die begrenzte Teilnehmerzahl für diese Besichtigung war schon kurz nach der**

**Ankündigung in der „Deutschen Polizei“ erreicht, und so warten nun schon viele interessierte Mitglieder auf die nächste Veranstaltung.**



Vor Ort begrüßte uns Frau Bode von der Firma Vattenfall, die die Fischtreppe (Fischaufstieg) im Rahmen der Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen mit dem Bau des Kraftwerkes Moorburg, auf dem Nordufer des Elbstauwehres errichtete. Ziel ist es, den vielen Arten von heimischen und besonders den schwimmschwachen Fischen geeignete Aufstiegsmöglichkeiten zu geben, damit sie den Weg vom Meer zu ihren Laichplätzen stromaufwärts erreichen.

Die Fischaufstiegsanlage mit ihren 49 Becken hat eine Länge von 550 Metern und wurde im Sommer 2010 in Betrieb genommen. Bisher wurden über 550 000 Fische der unterschiedlichsten

Arten gezählt, die so die Möglichkeit hatten, ungehindert die Staustufe zu überwinden und weiter stromaufwärts zu schwimmen. Bevor die Fische die Fischaufstiegstreppe stromaufwärts verlassen, werden diese nach Arten und Größe gezählt! Speziell für die Glas- und Steigaale wurden zusätzlich besondere Aalleitern installiert, damit auch diese Arten ungehindert die Staustufe überwinden können. Alle teilnehmenden Mitglieder waren von der Fischaufstiegsanlage und dem ausführlichen Vortrag von Frau Bode über den Bau und Nutzen der Anlage begeistert. Es lohnt sich wirklich, einmal diese besonders lange Treppe zu besichtigen!

Die nächste Besichtigung findet am

21. 8. 2013 um 12 Uhr

statt. Interessierte Mitglieder melden sich umgehend bei unseren Kolleginnen der GdP-Geschäftsstelle (Petra Holst oder Steffi Orgel) telefonisch an Tel.: 0 40/28 08 96-0!

Nähere Informationen erhaltet ihr von dort!

*Der Landesbezirksvorstand*

Anzeige

**Notdienst der  
Glaserinnung Hamburg**  
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst  
Tel. 830 06 60**

Firmenungebundene  
Auftragsannahme



POLIZEIAUSBILDUNG LIVE

## Besuch im Trainingszentrum der Polizei: Zehner Ringscheibe out! – Roboter in!

**Am Dienstag, dem 21. Mai 2013, besuchte die 23-köpfige Seniorengruppe der GdP das Trainingszentrum der Polizei – ZP 62 –, am Braamkamp in Hamburg-Winterhude.**

**Wir wollten vor Ort die Aus- und Fortbildung unserer Kolleginnen und Kollegen in dem neuen Trainingszentrum kennenlernen.**

Im Eingangsbereich warteten die aktiven Kollegen Werner Meyer und Jens Glashoff. Nach einem herzlichen Willkommen ging es in die Praxis. Besichtigt wurde zuerst die FX-Halle. Anschließend wurde die Raumschießanlage 3 in Augenschein genommen. Es gibt insgesamt neun Raumschießanlagen.

Was ist nun eine FX-Halle? Hier sind verschiedene Zimmereinrichtungen nachgestellt, wie zum Beispiel eine Küche, die Wohnstube und dergleichen.

Hier wird der Beamte geschult, praxisbezogenes Training unter Verwendung von Farbmunition zu üben und zu trainieren.

Kameras zeichnen auf, und der Schüler kann so auf seine Fehler aufmerksam gemacht werden (ebenso in der Raumschießanlage). Hier ist der Fehler verzeihlich, aber in der Wirklichkeit kann er vielleicht tödlich sein.

Mir kam die Erinnerung wieder: zusammengestellte Stühle im Klassenzimmer oder ein Provisorium in der Turnhalle oder die Lehrrevierwache in der PÜA Bundesstraße (Einsatzhundertschaft in der Bundesstraße 45, nach dieser Ausbildung Versetzung in den Reviereinzeldienst).

Leider konnten wir eine Ausbildung nicht in Augenschein nehmen!

Anschließend besichtigten wir die Raumschießanlage. Hier wird auf bewegliche und impulstechnische Ziele geschossen. Um die Wirklichkeit nicht zu verlieren, greift den „Schüler“ ein ferngesteuerter Roboter mit einem Messer bewaffnet an oder ein freilaufender, ebenfalls ferngesteuerter Hund greift an. Der Lehrgangsteilnehmer muss ein bewegliches (!) Ziel treffen.

Es wird nach den Paragraphen des SOG trainiert. In Aktion sahen wir die Monster nicht, schade. Bahrenfeld, Höltigbaum, Wiesendamm, Schießkeller PP,

Deckung ade! Im Laufe der Jahre hatte es sich zum Positiven gewendet.

Der Abschluss war die Besichtigung des Multifunktionsraumes. Trainiert wird in der Einsatzbekleidung, und das ist nicht so einfach, wie es aussieht.

Die Übungshalle für waffenlose Selbstverteidigung wurde nicht gezeigt. Was ist schon eine Halle mit Matten ausgelegt. Ein „Dojo“ (jap. Sprachgebrauch: Wo Buddah die Erleuchtung fand – die

Kampfkünste) ist es nicht! Zum Abschluss sei gesagt. Die Lehrgangsteilnehmer und die jungen Polizeianwärter werden hier sehr gut geschult!

In einigen Jahren sieht es wohl wieder anders aus. Nochmals Dank an die aktiven Kollegen, die uns diesen Eindruck vermittelten und die Besichtigung möglich machten. Für alle dort Übenden ein herzliches „Glück auf!“.

*Eberhard Susiek, der Pensionär*

### SENIOREN

## Sommerpause!

**Wie wir es schon in den letzten drei Jahren handhaben, findet auch in diesem Jahr in den Monaten Juli und August keine Mitgliederversammlung des Fachbereiches Senioren statt.**

Wir wünschen unseren Mitgliedern eine erholsame Sommerpause mit viel Sonnenschein und hoffen, dass wir uns alle gesund wiedersehen werden.

*Euer Fachbereichsvorstand Senioren*

Die nächste Mitgliederversammlung findet am

Dienstag, 11. 11. 2013, 15 Uhr

in der Kantine des Polizeipräsidiums statt.



### RECHTSPRECHUNG

## Urteile 8/2013

**Bundesagentur: Leistung auch bei Unzuständigkeit**

Stellt ein Mensch mit Behinderung einen Antrag auf Leistung, so hat der Rehabilitationsträger (hier Bundesagentur) innerhalb von zwei Wochen seine Zuständigkeit zu prüfen. Hält er sich für nicht zuständig und leitet den Antrag nicht rechtzeitig an die zuständige Stelle weiter, muss er auch bei Unzuständigkeit leisten.

*Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 12. Dezember 2012 – L 6 AL 160/09*

**Jobcenter: Durchwahl ist kein Geheimnis**

Die Diensttelefonnummern von Behördenmitarbeitern unterliegen nicht dem persönlichen Datenschutz des einzelnen Mitarbeiters.

Daher ist das Jobcenter verpflichtet, auf Verlangen Zugang zu den Durchwahlnummern der mit Bürgerkontakt tätigen Mitarbeiter des Jobcenters zu gewähren.

*Verwaltungsgericht Leipzig, Urteil vom 10. Januar 2013 - 5 K 981/11*

